

# Vom Wirtschaftswachstum zu einer feministischen Wohlstandsökonomie

Sarah Cook und Naila Kabeer

## Abstract

*Dieser Beitrag widmet sich der Idee einer feministischen Wohlstandsökonomie und untersucht, wie der Fortschritt auf dem Weg zu einer solchen Wirtschaft gemessen werden kann. Um die Notwendigkeit dieses neuen Wirtschaftskonzepts zu erfassen, sollte man zunächst klären, was es ablösen möchte: das wachstumsorientierte Wirtschaftsmodell. Derzeit ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) die vorherrschende Kennzahl zur Messung des Wirtschaftswachstums eines Landes. Wir setzen uns mit den kritischen Standpunkten gegenüber dem BIP als Maßstab für Wachstum und dem darin verankerten und geförderten Wachstumsparadigma auseinander. Dabei bringen wir eine feministische Perspektive in die Diskussion ein und beleuchten Bestrebungen, Wohlstand als Alternative zum reinen Wachstum sowohl als Ziel als auch als Fortschrittsmaßstab zu etablieren. Zudem erörtern wir verschiedene Ansätze zur Messung dieses Wohlstands. Zuletzt schließen wir uns den internationalen Forderungen nach einer Fortschrittsmessung jenseits des BIPs („beyond growth“) an.*

## Einleitung

Das BIP umfasst sämtliche Waren und Dienstleistungen, abzüglich Vorleistungen, eines Landes, die auf dem Markt gehandelt werden und daher mit einem Marktpreis bewertet werden können. Es wird als Gesamtwert in einer einzigen Kennzahl ausgedrückt.

Die Ursprünge des Konzepts gehen auf die Zwischenkriegszeit zurück. Das BIP gewann in der Nachkriegszeit international an Bedeutung, als die Vereinten Nationen begannen, auf der Grundlage des Wissens von fünf (männlichen) Nationaleinkommensexperten aus den USA und dem Vereinigten Königreich länderbasierte Systeme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zu etablieren (United Nations 1953). Dies erforderte eine klare Abgrenzung zwischen produktiven und nicht produktiven Tätigkeiten. Die ursprüngliche Definition dieser Grenze spiegelt die Tatsache wider, dass das Konzept in Industrieländern entwickelt wurde: Sie sollte alle auf Märkten gehandelten Tätigkeiten sowie „Tätigkeiten im Haushalt, die eindeutig mit den üblicherweise in Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten vergleichbar sind“, einschließen, während „Tätigkeiten, bei denen die Analogie zu Unternehmen nicht mehr gegeben ist“, ausgeschlossen wurden. Dies führte dazu, dass viele nicht-monetäre Tätigkeiten ausgeschlossen wurden, die hauptsächlich von Frauen für den Eigenbedarf im Haushalt erbracht wurden.

Die Definition dessen, was unter Produktion fällt, wurde als Reaktion auf Kritik allmählich erweitert, um eine breitere Palette nicht-marktbestimmter Güter einzubeziehen, die für den Gebrauch in Haushalten hergestellt wurden und daher mit Werten basierend auf Marktpreisen versehen werden konnten. Dennoch blieben unbezahlte Tätigkeiten, die im Rahmen der täglichen und generationenübergreifenden Betreuung

von Familienmitgliedern erbracht werden, ausgeschlossen. Hierzu gehören Tätigkeiten wie Kochen, Waschen, Reinigen, die Betreuung von Kindern sowie die Pflege älterer und kranker Familienmitglieder und Angehöriger mit Behinderung. Diese Tätigkeiten sind die Grundlage dessen, was heute als „Care Ökonomie“ bezeichnet wird. Es wurde angenommen, dass diese Aktivitäten eher von sozialen Normen als von Marktsignalen bestimmt werden und kaum Auswirkungen auf die Marktwirtschaft haben. Außerdem sei es schwierig diesen Care-Tätigkeiten einen monetären Wert zuzuschreiben.

Die Tatsache, dass man sich auf scheinbar neutrale Marktsignale stützt, um der im BIP enthaltenen Produktion einen Wert zuzuweisen, veranlasste die Befürworter:innen, es als objektiven, wertfreien Indikator zu betrachten. Allerdings wies Waring (1988), eine Pionierin der feministischen Ökonomie, darauf hin, dass es eine ständige Diskrepanz zwischen der Verwendung von Preisen zur Wertmessung und der Verwendung von Preisen zur Wertzuweisung gibt. Folglich diene die Frage, wer und was in das BIP aufgenommen wurde, dazu, zu definieren, wem und was Wert beigemessen wird. Trotz der Warnungen einer der geistigen Väter des BIP, dass „das Wohlergehen einer Nation kaum aus einer Messung des Nationaleinkommens, wie es durch das BIP definiert ist, abgeleitet werden kann“ (Kuznets 1934), wurde das BIP dennoch als Maß für das nationale Wohlergehen verwendet.

Feministinnen haben auf Margaret Reids Konzept des „Drittparteiprinzip“ aufgebaut, um eine kohärente Definition von Arbeit vorzulegen. Diese Definition umfasst Aufgaben, die zur sozialen Reproduktion und dem Erhalt der Erwerbsbevölkerung beitragen, auch wenn sie nicht unmittelbar mit den Marktmechanismen verbunden sind. Demnach ist Arbeit eine zweckorientierte Tätigkeit, die a) mit dem Ziel ausgeübt wird, wertvolle Güter oder Dienstleistungen zu produzieren, und b) die grundsätzlich auch an eine andere Person delegiert werden kann (Reid 1934; Beneria 1999). Dies unterscheidet Arbeit von anderen zweckmäßigen Tätigkeiten, die eine Person für sich selbst ausüben muss (wie essen und schlafen), sowie von Freizeitaktivitäten (wie einen Film ansehen).

Zudem berücksichtigt das BIP Umweltauswirkungen nur teilweise. Es erfasst zwar den Handel mit natürlichen Ressourcen, berücksichtigt jedoch nicht die umweltschädlichen Effekte von Aktivitäten wie Abholzung und Bergbau oder die Erneuerbarkeit der betroffenen Ressourcen.

Das BIP ignoriert Waren und Dienstleistungen von erkennbarem Wert, die jedoch nicht gehandelt werden, aber inkludiert Waren und Dienstleistungen von zweifelhaftem Wert, die in ihren Auswirkungen sogar zerstörerisch sein können. Wie Waring es treffend formuliert, wertet das BIP ein System auf, das „Ölverschmutzungen und Kriege als Beitrag zum Wirtschaftswachstum zählt, während Kindererziehung und Haushaltsführung als wertlos angesehen werden“ (Waring 2023).

Abschließend ist festzuhalten, dass das BIP zwar als ein relativ genaues Maß für die auf Märkten gehandelte Produktion einer Volkswirtschaft betrachtet werden kann, jedoch keinerlei Informationen über die Verteilung der durch diese Produktion erwirtschafteten Einkommen liefert. Es kommt häufig vor, dass ein steigendes BIP mit zunehmender Ungleichheit einhergeht. Feministinnen haben zudem aufgezeigt, wie Geschlechterverhältnisse Einkommensungleichheiten beeinflussen. Ein Beispiel hierfür sind geschlechtsspezifische Ungleichheiten bei der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

## Die Geschichte der Wachstumsdebatte

Trotz all der Einschränkungen liegt der statistische und pragmatische Reiz des BIP vor allem darin, dass das BIP eine Fülle von Informationen in einer einzigen Kennzahl zusammenfasst. Das bedeutet jedoch nicht, dass das BIP unumstritten geblieben ist. Das BIP als Kennzahl für die Wirtschaft und die Idee des Wachstums selbst wird seit seinen Anfängen im entwicklungspolitischen Diskurs kritisiert. In diesem Abschnitt bieten wir einen komprimierten Überblick über diese Debatten und zeigen auf, wie sie den Grundstein für aktuelle Auseinandersetzungen mit der Wohlstandsökonomie gelegt haben. Die zeitliche Einteilung dient lediglich als grobe Annäherung, da die aktuelle Debatte nach wie vor maßgeblich von den vergangenen Debatten geprägt ist.

### *Von „Trickle Down“ zu Umverteilung mit Wachstum (1950er–1970er Jahre)*

In der Nachkriegszeit befreiten sich viele Länder, insbesondere in Afrika und Asien, von der Kolonialherrschaft und strebten danach, durch Industrialisierung zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften aufzuschließen. Frühe Wachstumsmodelle nahmen an, dass (privates) Kapital die Investitionslücken in einkommensschwachen Ländern schließen würde, um ihnen die Industrialisierung zu ermöglichen, die Produktivität zu steigern und damit einen „Aufholprozess“ einzuleiten. Unter der Annahme von Vollbeschäftigung würde die Verteilungsfrage durch Wachstum adressiert werden, da die Armen Zugang zu besser bezahlter Beschäftigung und anderen Möglichkeiten erlangen würden (Todaro 1977; Singer 1979).

Es stellte sich schnell heraus, dass der Wohlstand nicht wie erwartet von den Reichen zu den Ärmeren nach unten sickerte, und das schnelle BIP-Wachstum schuf nicht genügend Arbeitsplätze. Dies führte dazu, dass Seers (1969) die Beziehung zwischen Wachstum und Entwicklung in Frage stellte:

Die Fragen, die man sich über die Entwicklung eines Landes stellen muss, lauten daher: Was ist mit der Armut geschehen? Was ist mit der Arbeitslosigkeit geschehen? Was hat sich bei der Ungleichheit getan? Wenn sich eines oder zwei dieser zentralen Probleme verschärft haben, vor allem aber alle drei, wäre es seltsam das Ergebnis als „Entwicklung“ zu bezeichnen, selbst wenn sich das Pro-Kopf-Einkommen verdoppelt hat (Seers 1969: 2).

Daraufhin forderte die internationale Arbeitsorganisation (ILO), das Wirtschaftswachstum durch gezielte Bereitstellung öffentlicher Mittel für diejenigen zu ergänzen, die nicht in der Lage sind, ihre „Grundbedürfnisse“ zu befriedigen (ILO 1976). Chenerey et al. (1974) gingen in ihrer bahnbrechenden Veröffentlichung *Redistribution with Growth* einen Schritt weiter und argumentierten, dass – wenn ein Teil des durch das Wachstum generierten zusätzlichen Einkommens in die Vermögenswerte der Armen (Bildung, Gesundheit und Sachwerte) investiert würde – das ihre Produktivität und ihren Beitrag zum Wachstum erhöhen würde. Umgekehrt zeigten Schätzungen, dass, „wenn die absolut Armen darauf warten müssten, dass die Vorteile des allgemeinen Wirtschaftswachstums zu ihnen durchsickern, dann würden sich ihre Einkommen und ihr Wohlstand in einem unerträglich langsamen Tempo entwickeln“ (McNamara 1980 zitiert nach Maddux 1981). Diese Argumente wurden durch weitere empirische Belege untermauert, die zeigten, dass soziale Investitionen in das Humankapital, insbesondere

in Gesundheit, Ernährung, Kompetenzen und Bildung in der Kindheit, lebenslange Auswirkungen auf die Produktivität haben können.

Frauen waren in diesen Jahren im politischen Diskurs weitgehend abwesend. Moser (1993) analysierte, dass diese Debatte durch einen sehr engen „Wohlfahrtsansatz“ geprägt war. Dieser bestand im Wesentlichen darin, Frauen in ihren Verantwortlichkeiten für die Reproduktionsarbeit in Ernährung und Familienplanung zu schulen. Mit der ersten Internationalen Frauenkonferenz in Mexiko (1975) wurden Feministinnen jedoch im Entwicklungsdiskurs präsenter. Sie verfolgten das Ziel, die Relevanz von Gender in den Mainstream-Debatten aufzuzeigen und mehr Ressourcen für die Förderung der Geschlechtergleichstellung zu mobilisieren. Die entstandenen Ansätze versuchten sich alle auf unterschiedliche Weise in den vorherrschenden Diskurs einzubringen. Der „Armutsbekämpfungsansatz“ griff die wachsende Besorgnis über die Armut auf. Ein Strang bezeichnete Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand als „die Ärmsten der Armen“ (Crawford 2023), die daher im Fokus stehen sollten. Ein anderer Ansatz verwies auf die Rolle der Frauen als Hauptversorgerin des Haushalts und ihre Verantwortung für das Wohlergehen von Familie und Kindern (Palmer 1977). Ebenso entstand eine frühe Version des „Effizienzansatzes“, der die aktive Beteiligung von Frauen an der produktiven Wirtschaft betonte und dafür plädierte, ihnen einen gerechteren Anteil an den Entwicklungsressourcen zuzuweisen (Boserup 1970), wie sie in der Agenda „Umverteilung mit Wachstum“ hervorgehoben werden.

In diese Zeit fällt auch die erste UN-Weltumweltkonferenz im Jahr 1972 und die Veröffentlichung von *Die Grenzen des Wachstums* im selben Jahr, einem der ersten Bücher, das auf die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen der Erde aufmerksam machte. Das Buch stieß auf eine Lawine der Kritik.

### *Vom neoliberalen zum „pro-poor“ Wachstum (1980–90er Jahre)*

Die sich abzeichnende Umverteilungsagenda wurde Anfang der 1980er Jahre von einer internationalen Schuldenkrise überlagert. In dieser Zeit gewannen neoliberale Ideen in den großen Geberländern an Einfluss. Diese Ideologie wurde durch die Strukturpassungsprogramme (SAPs) der Bretton-Woods-Institutionen verstärkt. Wirtschaftswachstum war erneut das zentrale Ziel der Entwicklung, wettbewerbsfähige Märkte wurden zur treibenden Kraft, und der Staat wurde zunehmend als Hindernis für eine effiziente Ressourcenallokation dargestellt. Die öffentlichen Ausgaben wurden gekürzt, um die Haushaltsdefizite zu reduzieren, und die sozialen Dienstleistungen wurden aus der Verantwortung des Staates auf den Markt übertragen. Die Armutsbekämpfung wurde wieder dem Wachstumsprozess überlassen, während ausgleichende „soziale Notfallfonds“ geschaffen wurden, um die unmittelbaren Auswirkungen auf die Armen abzufedern (Whitehead 1995).

Angesichts der wachsenden Beweise für die verheerenden Auswirkungen der SAPs auf die Bevölkerung veröffentlichte UNICEF einen wegweisenden Bericht (Cornia et al. 1987), der eine „Anpassung mit menschlichem Antlitz“ forderte. Dieser Bericht plädierte für eine stärkere Berücksichtigung der Einkommensverteilung und ein Mindestmaß an Nahrungsmitteln, Haushaltseinkommen und Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen als Mittel zum Schutz und zur Aufrechterhaltung der Produktivität. Er trug dazu bei, die Armut wieder auf die Entwicklungsagenda zu setzen. Die Bretton-

Woods-Institutionen ergänzten ihren marktorientierten Ansatz um eine „pro-poor“ arbeitsintensive Wachstumsstrategie mit minimalen Sozialausgaben, um die Arbeitsproduktivität der Armen zu verbessern (World Bank 1990). Es wurde jedoch schnell deutlich, dass selbst in Regionen, wo das Wachstum wieder einsetzte, der Anteil des Einkommens, der den Armen zugutekam, im Allgemeinen nicht ausreichte, um die Ungleichheiten zu verringern. Zudem waren selbst diejenigen, die von diesem Wachstum profitierten, anfällig für Schocks. Als Reaktion auf die Ostasienkrise von 1997 führte die Weltbank ein breiter angelegtes „Risikomanagement“ ein, das die sozialen Sicherheitsnetze auf diejenigen ausweitete, die sich nicht selbst gegen Risiken versichern konnten (Holzmann und Jorgensen 1999).

Gleichzeitig griff das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), das die soziale Dimension der SAPs ernst nahm, auf das Konzept des Befähigungsansatzes von Amartya Sen zurück. Dabei wurden Einkommen, Gesundheit und Bildung als grundlegende Faktoren angesehen, die die Fähigkeit eines Menschen beeinflussen, andere Fähigkeiten zu entwickeln.

Die Geschlechterfrage wurde auf zwei verschiedene Arten in den Diskurs zur Strukturanpassung eingebracht. Einerseits erfolgte dies durch eine Erweiterung des Effizienzarguments, das aufzeigte, wie Geschlechterrollen – einschließlich der ungleichen Verteilung unbezahlter Arbeit zulasten von Frauen – ihre Fähigkeit beschränkte, auf Marktsignale zu reagieren (Collier 1988; Haddad et al. 1995). Andererseits stellten eine Reihe von Feministinnen Fragen nach den Auswirkungen der Wachstumspolitik auf Frauen. Sie stellten fest, dass Frauen in ärmeren Haushalten vor der Herausforderung standen, entweder bezahlte Arbeit aufzunehmen oder auszudehnen, da die Männer in den Haushalten ihre Arbeit verloren, während sie gleichzeitig ihre unbezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit ausweiten mussten, da die öffentlichen Dienstleistungen reduziert wurden (Elson 1989; Moser 1992). Die „Zeitarmut“ von Frauen wurde zu einem zentralen Thema in der Debatte über geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten im Entwicklungsprozess.

Die erneute Fokussierung auf die Armutsbekämpfung führte dazu, dass sich die UN-Mitgliedsstaaten zu den acht Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) verpflichteten, darunter der Halbierung der weltweiten Armut bis 2015. Die MDGs enthielten auch ein eigenständiges Ziel zur Gleichstellung der Geschlechter, aber es gab keine Verpflichtungen zur Bekämpfung der zunehmenden Einkommensungleichheit oder zur Bewältigung der wachsenden Dringlichkeit des Klimawandels. Dies geschah trotz wiederholter Warnungen vor der globalen Erwärmung, einschließlich des Brundtland-Berichts *Our Common Future* von 1987, der Einberufung der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 und des ersten Weltkongresses der Frauen für einen gesunden Planeten im Jahr 1991.

Während die weltweite Armut insgesamt vor allem aufgrund des schnellen Wachstums in Indien und China zurückging, richtete sich die Aufmerksamkeit zunehmend auf das wachsende Problem der Ungleichheit.

Die Kritik an den MDGs aufgrund der mangelnden Analyse von Ungleichheiten, Disparitäten und Diskriminierung (Vandemoortele 2009; Fukuda-Parr et al. 2014) rückte „horizontale“ Ungleichheiten marginalisierter Gruppen in den Vordergrund (Stewart 2002). Die Verwendung von Durchschnittswerten zur Analyse des Fortschritts bei den MDGs verdeckte, dass diejenigen, die an der Schnittstelle von Einkommensarmut und identitätsbasierten Ungleichheiten wie Geschlecht, Kaste, Rasse und ethnischer Zuge-

hörigkeit leben, unverhältnismäßig stark vom nationalen Fortschritt ausgeschlossen und zurückgelassen wurden (Kabeer 2010). Frauen aus diesen Gruppen schnitten fast immer schlechter ab als der Rest der Bevölkerung, und das, obwohl es immer mehr Evidenz dafür gab, dass die Gleichstellung der Geschlechter eine „Win-Win“-Situation wäre, weil sie einen positiven Einfluss auf das Zusammenspiel zwischen Wirtschaftswachstum und menschlicher Entwicklung hat. Zahlreiche Studien auf der Mikroebene hatten gezeigt, dass der Zugang von Frauen zu eigenen Ressourcen – wie Land oder Krediten – mit weitaus größerer Wahrscheinlichkeit zu Investitionen in die Gesundheit der Kinder, in Bildung und andere Aspekte des Humankapitals führt als ähnliche Ressourcen in den Händen von Männern. Studien auf Makroebene zeigten, dass eine größere Geschlechtergleichstellung in Bereichen wie Beschäftigung und Bildung zu einem schnelleren Wirtschaftswachstum führt, was das Interesse der politischen Entscheidungsträger:innen weckte, die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt zu fördern (Dollar and Gatti 1999; Klasen 1999).

Feministische Wissenschaftlerinnen problematisierten diese offensichtliche „Win-Win“-Beziehung zwischen Geschlechtergleichstellung und Wirtschaftswachstum. Kabeer und Natali (2013) bestätigten zwar die generellen Ergebnisse, dass Geschlechtergleichstellung in Bezug auf Beschäftigung und Bildung tatsächlich zum Wirtschaftswachstum beiträgt. Sie stellten jedoch fest, dass der umgekehrte Zusammenhang nicht in gleichem Maße galt, insbesondere nicht für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen: Wirtschaftswachstum führte nicht zwangsläufig zu größerer Gleichheit bei Alphabetisierung, Bildung und verschiedenen Gesundheitsindikatoren. In einigen der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften war die geschlechtsspezifische Diskriminierung sogar besonders ausgeprägt.

### *Aktuelle Anliegen: inklusives, nachhaltiges und grünes Wachstum*

Ab Mitte der 2000er Jahre gewann die Idee des „inklusive Wachstums“ aufgrund der wachsenden Besorgnis, dass „Ungleichheit zur hässlichen Schattenseite des globalen Wohlstands“ (Vandemoortele 2009: 364) geworden war, zunehmend an Popularität. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) war die erste große Institution, die diesen Begriff offiziell übernahm. Sie interpretierten ihn als Weiterentwicklung der „pro-poor“ Wachstumsstrategien, jedoch mit einem stärkeren Fokus darauf sicherzustellen, dass die durch das Wachstum geschaffenen wirtschaftlichen Möglichkeiten allen, insbesondere den Armen, so weit wie möglich zur Verfügung stehen (ADB 2007: 13–14). Die Weltbank (2013) setzte ihren Schwerpunkt daraufhin auf die Steigerung des Konsums bzw. Einkommens der ärmsten 40 % der Bevölkerung und bezeichnete dies als „geteilter Wohlstand“. Das International Policy Centre on Inclusive Growth des UNDP definierte inklusives Wachstum sowohl als Prozess (Beteiligung an der Entscheidungsfindung) und Ergebnis (gemeinsame Nutzung der Vorteile des Wachstums).

Parallel zu diesen Verpflichtungen zu inklusivem, „geteiltem“ und „nachhaltigem“ Wachstum wurde in dieser Zeit auch das öffentliche Bewusstsein für die ökologischen Auswirkungen des Wirtschaftswachstums geschärft. Obwohl schon lange vor den zerstörerischen Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die natürliche Umwelt gewarnt wurde, lenkte eine Kombination von Faktoren die Aufmerksamkeit auf die irreversiblen Veränderungen, die durch den Klimawandel verursacht werden, und auf die

Risiken der Überschreitung planetarer Grenzen mit unvorhersehbaren Folgen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel, die insbesondere in den Berichten des IPCC zusammengetragen wurden, die Erfahrungen mit widrigen und zunehmend unberechenbaren Wetterereignissen, die Bedrohung von Tier- und Pflanzenarten, von Korallenriffen bis hin zu Eisbären, und der Aktivismus insbesondere der jüngeren Generation, die sich um ihre Zukunft sorgt, haben in den letzten Jahren zu einer Veränderung des politischen Diskurses geführt.

Die Debatten über den Klimawandel haben das Wachstumsparadigma als Entwicklungsweg zum ersten Mal ernsthaft in Frage gestellt. Der Klimawandel stellt zweifellos ein Hemmnis für künftiges Wachstum dar, und die Klimawissenschaft macht deutlich, dass das Streben nach kohlenstoffintensivem Wirtschaftswachstum den Klimawandel verursacht hat. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde der Begriff „grünes“ oder „nachhaltiges“ Wachstum zu einem weit verbreiteten Konzept für die Möglichkeit eines anhaltenden Wachstums, das die natürlichen Ressourcen schont, die Nutzung erneuerbarer Ressourcen fördert und die Umweltbelastung begrenzt.

Die Rio+20 Konferenz im Jahr 2012 stellte die Notwendigkeit einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in den Mittelpunkt und trug so zur Gestaltung der Post-2015-Agenda bei. Gleichzeitig entstand hier ein Ort intensiver Diskussionen über die Idee des „grünen Wachstums“. Kritiker:innen argumentierten, dass Instrumente wie Emissionszertifikate, CO<sub>2</sub>-Handel, CO<sub>2</sub>-Kompensation und Monetarisierung von „Ökosystemleistungen“ eine Kommerzialisierung oder „Bepreisung der Natur“ darstellen. Solche Prozesse könnten zudem traditionelle Nutzer:innen von Ressourcen an den Rand drängen oder ausschließen, was insbesondere für Bevölkerungsgruppen wie indigene Gemeinschaften oder Frauen von Nachteil ist, da ihr Lebensunterhalt und Wohlergehen stark von diesen Ressourcen abhängt und sie häufig von alternativen Marktmechanismen ausgeschlossen sind.

Aufbauend auf Rio+20 verabschiedeten die UN-Mitgliedsstaaten 2015 die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), die bestehende Verpflichtungen zur Armutsbekämpfung beibehielten, aber auch weitere Aspekte, wie ökologische Nachhaltigkeit, Nutzung natürlicher Ressourcen, Wert von Care-Arbeit und Dimensionen der Ungleichheit und Inklusion, miteinbezogen.

## Die Messung der Wohlstandsökonomie

Die Kritik am Wachstumsparadigma hat lebhafte Debatten darüber ausgelöst, wie Wachstum erreicht werden kann, und dabei Fragen nach seinem Zweck aufgeworfen: Ist Wachstum ein Selbstzweck, eine angemessene Annäherung für menschlichen Wohlstand? Oder wird es eher als Mittel betrachtet, um andere Ziele wie den menschlichen Wohlstand zu erreichen, der teilweise nicht in Geld ausgedrückt werden kann und oft schwierig zu messen ist? Die frühen Kritiker:innen des Wachstumsparadigmas hatten aufgezeigt, welche Dinge Menschen möglicherweise als Selbstzweck betrachten: Beschäftigung, die Abdeckung von Grundbedürfnissen, verschiedene Fähigkeiten sowie nicht-materielle Dimensionen des Wohlbefindens. Spätere Kritiker:innen schlossen sich in ihren Bemühungen zusammen, alternative Kennzahlen zu entwickeln, um eine alternative Vision von Entwicklung zu messen, die durch das definiert ist, was Menschen

wertschätzen – eine Vision, die wir als „Wohlstandsökonomie“ bezeichnen. Grundsätzlich besteht Einigkeit darüber, dass eine solche Wirtschaft allen Faktoren, die das Leben lebenswert machen, Wert beimisst, einschließlich solcher, die nicht auf Märkten gehandelt werden, nicht von monetären Maßnahmen erfasst werden können oder die rein als Gebrauchswerte existieren und für ihre intrinsischen Qualitäten geschätzt werden.

Wohlstandsindikatoren variieren erheblich in ihrer Zusammensetzung und in dem, was sie einschließen oder ausschließen. Es gibt einfache und zusammengesetzte Indizes sowie Dashboards von Indikatoren. Es gibt subjektive und objektive Ansätze. Es gibt Unterschiede in der Stellung des BIPs und Unterschiede, die durch die Verfügbarkeit von Daten bedingt sind. Es gibt auch Unterschiede in der Art und Weise, wie sie feministische Anliegen implizit oder explizit berücksichtigen. Und schließlich gibt es konzeptionelle Unterschiede, die verschiedene Ansichten darüber widerspiegeln, was Wohlstand in verschiedenen Kontexten und Kulturen ausmacht.

Um einige dieser Schwierigkeiten zu erörtern, wurde 2008 die Sarkozy-Kommission eingesetzt. Sie bestand aus einer Gruppe progressiver Theoretiker:innen aus verschiedenen Teilen der Welt, darunter auch feministische Ökonominnen. Wir greifen hier auf ihren Bericht (Stiglitz et al. 2009) zurück, da er einen nützlichen Versuch darstellt, eine Reihe von konzeptionellen Ansätzen, Prinzipien und Maßnahmen zusammenzuführen (von denen einige größere Zustimmung finden als andere). Diese können dazu beitragen, die grundlegenden Parameter einer Wohlstandsökonomie abzustecken. Die Kommission fokussierte sich auf mehrere Prinzipien: subjektives Wohlbefinden, Fähigkeiten (im Sinne von Amartya Sens *capabilities approach*), Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Im Bericht wurde festgestellt, dass subjektives Wohlbefinden oft als eine umfassende Darstellung aller Fähigkeiten betrachtet wird, weil es auf Merkmale und Freiheiten verweist, die von Menschen *geschätzt* werden. Die Ausweitung von Fähigkeiten selbst würde jedoch die subjektiven Zustände der Menschen verbessern. Sowohl der Fähigkeitenansatz als auch Ansätze zur gerechten Verteilung (*fair allocation approaches*) betonen *objektive* Bedingungen und Möglichkeiten für Menschen. Auch wenn diese dazu beitragen können, das subjektive Wohlbefinden zu fördern, ist es wichtig zu erkennen, dass subjektive Einschätzungen nicht allein entscheidend sind: Wichtig ist, die Möglichkeiten von Menschen an sich zu erweitern.

Im Bericht wurden die Forderungen einiger politischer Entscheidungsträger:innen anerkannt, eine einzelne Kennzahl für Wohlstand zu erstellen. Die Autor:innen betonten jedoch, dass eine Pluralität von Indikatoren für die Vollständigkeit der Messung unerlässlich sei. Der Bericht empfahl einen pragmatischen Ansatz: die Ergänzung bestehender Indikatoren durch zusätzliche Indikatoren, welche vernachlässigte Dimensionen abdecken, ohne den Versuch zu unternehmen, sie in einen einzigen zusammenfassenden Index zu aggregieren. Wir unterstützen diesen Ansatz, diskutieren jedoch in diesem Abschnitt Beispiele für verschiedene Arten von Wohlstandsmessung, um die Art von Informationen zu veranschaulichen, die sie bieten können.

### *Subjektive Indikatoren*

Der *World Happiness Report* (UN Sustainable Development Solutions Network 2023), der seit 2013 jährlich veröffentlicht wird, bittet Personen ihr Leben anhand einer Skala von 0 (für das schlechtestmögliche Leben) bis 10 (bestmögliches Leben) zu bewerten.

Zusätzlich werden sechs weitere Variablen in der Analyse miteinbezogen: BIP pro Kopf, gesunde Lebenserwartung bei der Geburt, soziale Unterstützung, Freiheit der Lebensentscheidungen, Generosität und Korruptionswahrnehmung. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass etwa drei Viertel der Unterschiede in der Lebenszufriedenheit zwischen den Ländern durch diese sechs Faktoren erklärt werden können. Eine wertvolle Einsicht des Index ist die Tatsache, dass Lebenszufriedenheit mit dem BIP-Wachstum bis zu einem gewissen Punkt mitsteigt und dann stagniert. Obwohl die Idee, das Glück zu messen, intuitiv ansprechend ist, bezieht sich die Messung aber tatsächlich auf die Lebenszufriedenheit.

Subjektive Bewertungen könnten wichtige Beiträge zum Wohlstand übersehen, wie etwa unbezahlte Pflege oder intakte Ökosysteme (Berik 2018). Darüber hinaus können Vergleiche der Lebenszufriedenheit zwischen Kulturen oder sozialen Gruppen mit unterschiedlichen Normen und Erwartungen problematisch sein. Amartya Sen hat darauf hingewiesen, dass unterdrückte Gruppen „adaptive Präferenzen“ haben können, also die Tendenz, die durch ihre Umstände auferlegten Einschränkungen zu verinnerlichen. Ungleichheiten in der Glücksmessung könnten daher fehlerhaft sein, wenn Menschen in benachteiligten Situationen ihre Lage normalisieren und eine hohe Lebenszufriedenheit angeben. Zudem hat eine Studie gezeigt, dass Frauen höhere Lebenszufriedenheit als Männer berichten. Jedoch dreht sich dieses Ergebnis, wenn miteinberechnet wird, dass Frauen und Männer die Antwortskala unterschiedlich verwenden (Montgomery 2022).

Bhutan war das erste Land, das das Bruttonationalglück (BNG, „Gross National Happiness“) im Jahr 1972 als Alternative zum BIP einführte. Anfangs wurde eine einzelne Frage verwendet, später entwickelte sich jedoch ein BNG-Index mit 33 Indikatoren in neun Bereichen. Dieser Ansatz zielt darauf ab, herauszufinden, welche Aspekte des Wohlbefindens verbessert werden müssen, wobei subjektiven Indikatoren weniger Gewicht beigemessen wird (Brooks 2013).

### *Genuine Progress Indicator: Bereinigtes BIP*

Der Genuine Progress Indicator (GPI) bereinigt das BIP, indem er negative Faktoren wie Kriminalität, Überstunden, Pendeln und Umweltschäden abzieht, während er positive Faktoren wie ehrenamtliche Tätigkeiten, Sorge- und Hausarbeit sowie Freizeit hinzufügt. Er berücksichtigt somit soziale und ökologische Nachhaltigkeit.

Berik (2020) betont, dass der GPI viele Mängel des BIPs korrigiert, vor allem aus einer feministischen Perspektive durch die Berücksichtigung von unbezahlter Sorge- und Hausarbeit und Freiwilligentätigkeiten, die hauptsächlich von Frauen erbracht werden. Studien zeigen, dass der globale GPI anfangs mit dem BIP bis Mitte der 1970er Jahre wuchs, danach jedoch aufgrund von sozialen und ökologischen Kosten, die die Wachstumsgewinne überstiegen, stagnierte oder sogar sank (Kubiszewski et al. 2013). Der GPI wurde für mehr als 20 Ländern ausgearbeitet, hat jedoch bislang noch keine weit verbreitete Akzeptanz gefunden und wird hauptsächlich im wissenschaftlichen Bereich und von kleineren NGOs verwendet.

### *Zusammengesetzte Indizes*

Die UNDP hat bekannte zusammengesetzte Indizes wie den Human Development Index (HDI) entwickelt, der sich auf Einkommen, Gesundheit und Bildung als wichtige Entwicklungsindikatoren konzentriert und sich damit auf den Fähigkeitsansatz stützt. Obwohl für länderübergreifende Vergleiche nützlich, wurde der HDI dafür kritisiert, dass er Faktoren wie Ungleichheit, Armut, Geschlechterunterschiede und Umweltfragen außer Acht lässt. Zur Behebung dieser Kritikpunkte wurden zusätzliche Indizes entwickelt: der Gender Development Index (GDI), der Gender Inequality Index (GII), der Multidimensional Poverty Index (MPI) und der Inequality-Adjusted Human Development Index (IHDI). Der GDI berücksichtigt Geschlechterunterschiede anhand der HDI-Indikatoren und zeigt niedrigere Werte bei größerer Geschlechterungleichheit an. Der GII misst Geschlechterungleichheit in den Bereichen reproduktive Gesundheit, Ermächtigung und Arbeitsmarktbeteiligung. Im neuesten Human Development Report (UNDP 2022) wurde der Planetary Pressures-Adjusted Human Development Index (PHDI) eingeführt, der Umweltauswirkungen berücksichtigt, indem er Treibhausgasemissionen und den materiellen Fußabdruck pro Kopf einbezieht.

### *Ansätze mit Dashboards*

Die OECD startete 2011 die „Better Life Initiative“ und publizierte seitdem fünf Berichte mit dem „How’s Life Index“, der sich stark auf die Einsichten der Sarkozy-Kommission stützt und subjektive und objektive Kennzahlen des Wohlbefindens in OECD-Ländern berücksichtigt. Der Index misst den aktuellen Wohlstand in den zwei Dimensionen materielle Bedingungen und Lebensqualität sowie das zukünftige Wohlbefinden durch Veränderungen des wirtschaftlichen, natürlichen, menschlichen und sozialen Kapitals. Die OECD misst sowohl durchschnittliche Ergebnisse von Wohlstandsgewinnen als auch deren Verteilung entlang soziodemografischer Merkmale.

Die Sustainable Development Goals (SDGs) (United Nations 2015) wurden durch umfangreiche Konsultationen entwickelt und repräsentieren damit die am demokratischsten zustande gekommene Wohlstandsmessung, an denen auch feministische Gruppen beteiligt waren. Sie spiegeln diverse Interessen wider. Feministischer Aktivismus trug dazu bei, dass Geschlechtergleichstellung als eigenständiges Ziel formuliert wurde (Ziel 5) (Sen 2018). Ziel 5 umfasst Unterziele wie die Anerkennung und Wertschätzung von unbezahlter Pflege- und Hausarbeit, gleiche Rechte auf und Verfügungsgewalt über wirtschaftliche Ressourcen, die Beendigung von Diskriminierung, Chancengleichheit von Frauen auch in Führungsrollen und der Entscheidungsfindung, sowie die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Die Geschlechtergleichstellung wurde auch im Rahmen anderer SDG-Ziele berücksichtigt. Insgesamt betont die SDG-Agenda einen rechtebasierten Ansatz.

Die SDGs umfassen auch Ziele, die Ungleichheit zu reduzieren und marginalisierte Gruppen besonders zu berücksichtigen sowie Zusagen zu ökologischer Nachhaltigkeit, Frieden, aber auch globaler Partnerschaft. In letzterer wird unter anderem die unterschiedliche Verantwortung bei der Bereitstellung globaler, öffentlicher Güter sowie bei der Bewältigung und Finanzierung globaler Bedrohungen wie dem Klimawandel zwischen den Ländern anerkannt.

## Ein feministischer Ansatz zur Wohlstandsökonomie

Jetzt ist es an der Zeit, einen eklatanten blinden Fleck in der Art und Weise zu korrigieren, wie wir wirtschaftlichen Wohlstand und Fortschritt messen. Wenn Gewinne auf Kosten der Menschen und unseres Planeten gehen, bleibt uns ein unvollständiges Bild der tatsächlichen Kosten des Wirtschaftswachstums. (UN 2021)

Aus der vorangegangenen Übersicht wird deutlich, dass für die meisten Regierungen und internationalen Institutionen das Wachstum nach wie vor im Mittelpunkt der politischen Agenda steht, auch wenn es von verschiedenen „beeindruckenden Adjektiven“ (Raworth 2017: 57) begleitet wird, die Bedenken und Kritik widerspiegeln sollen. Die SDGs haben viele Kritikpunkte gegenüber früheren Entwicklungsansätzen aufgenommen. „Dauerhaftes“ Wirtschaftswachstum (Ziel 8) – wenn auch durch Adjektive wie „breitenwirksam und nachhaltig“ ergänzt – bleibt jedoch ein prominentes Ziel. Die fortgesetzte Zusammenarbeit mit dem Privatsektor zur Umsetzung der Ziele zeigt, dass man weiter auf Märkte als Haupttreiber des Wachstums setzt.

Dennoch haben die SDGs Raum für breitere Debatten geschaffen, indem das Hinterfragen des aktuellen Wachstumsmodelles in anderen Zielen anerkannt wird. Darunter fällt auch die Frage, ob überhaupt irgendein Wirtschaftswachstum in der Art, wie es derzeit stattfindet und gemessen wird, „nachhaltig“ sein kann. Auf der einen Seite der Debatte stehen die Befürworter:innen der „grünen Wachstums“-Agenda. Ein Strang davon sieht eine Verringerung des Ressourcen-, Energie- und Materialeinsatzes durch technologische Verbesserungen und eine Steigerung der Produktionseffizienz vor, während gleichzeitig Marktversagen korrigiert und Marktinstrumente eingesetzt werden, um andere Formen der Umweltzerstörung einzudämmen. Andere argumentieren, dass Technologie und Märkte keine geeigneten Mechanismen sein können, um eine ökologische Transformation voranzutreiben. Diese Gruppe argumentiert, dass eine stärkere Intervention von Regierungen und der Gesellschaft erforderlich sein wird, um nicht-fossile Infrastruktur aufzubauen. Für beide Gruppen ist weiteres Wirtschaftswachstum mit dem Erhalt natürlicher Ressourcen und Ökosystemdienstleistungen vereinbar.

Die radikale Kritik am Wachstum lehnt diese Annahme ab: Sie argumentiert, dass der absolute Rückgang des Energie- und Materialeinsatzes, der erforderlich ist, um die Klimakrise abzuwenden, wahrscheinlich nicht erreicht werden kann, wenn die Wirtschaft in ihrer aktuellen Form weiter expandiert. Diese Kritik bildet auch die Grundlage für die Argumentation für „Degrowth“, welches darauf abzielt, vom Wachstumszwang insgesamt wegzukommen und ein gutes Leben für alle innerhalb der planetaren Grenzen zu erreichen.

Das „Degrowth“-Konzept wurde jedoch von Aktivist:innen sozialer Bewegungen im Globalen Süden, inklusive jener in *environmental justice movements*, bisher nicht breit aufgegriffen. Viele der Aktivist:innen leben in Ländern, die nach wie vor unter Armut und Deprivation von elementaren Grundbedürfnissen leiden, oder durch Austeritätspolitik eine erzwungene Schrumpfung („forced degrowth“) erfahren haben. Sie erachten ein gewisses Wachstum für notwendig, um die Sicherung der Grundbedürfnisse und ein Mindestmaß an Wohlstand in ihren Ländern zu erreichen (Rodríguez-Labajos et al. 2019).

Viele weisen auch auf die ökologische Schuld zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden hin. Sie argumentieren, dass in jedem Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen oder einer Degrowth-Wirtschaft die Hauptlast der Kosten von denen getragen werden muss, die historisch am meisten zu den heutigen ökologischen Krisen beigetragen haben und die immer noch den größten materiellen Fußabdruck haben. Dies würde die Umverteilung von Ressourcen ermöglichen, um soziale Bedürfnisse zu erfüllen und die vorteilhafte Infrastruktur der Modernisierung, wie Elektrizität, Wassersysteme und Internet für diejenigen aufzubauen, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben und den kleinsten materiellen Fußabdruck haben.

Wir sind jetzt über der Hälfte der SDG-Zeitspanne (2015–2030) hinaus und es wird überlegt, wie Kennzahlen des Fortschritts weiter verbessert und entwickelt werden können. Wie das eingängliche Zitat in diesem Abschnitt zeigt, hat der UN-Generalsekretär seine Entschlossenheit erklärt, die blinden Flecken in den aktuellen Kennzahlen anzugehen. Um die Verursacher der multiplen, komplexen und fortlaufenden globalen Krisen zu adressieren, müssen die verwendeten Maße über das BIP hinausgehen.

Es ist unerlässlich, dass die Befürworter:innen einer feministischen Vision der Wohlstandsökonomie sich aktiv einbringen, damit diese Eingang in die neuen Wohlstandsmaße findet. Ebenso wichtig ist das Netzwerken und Gemeinsamkeiten finden mit anderen Bewegungen und Interessensgruppen, die die „beyond GDP“-Agenda vorantreiben.

Wir möchten unseren Beitrag mit einer Beschreibung der wichtigsten Eckpunkte eines feministischen Ansatzes zur Wohlstandsökonomie schließen, die mit der Forderung über das BIP und das Wachstumsparadigma hinauszugehen in Einklang steht. Feministische Ansätze variieren in gewisser Hinsicht, teilen jedoch bestimmte Kernprinzipien, die auch von anderen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit geteilt werden. Zentral für eine feministische Vision ist die Antwort auf die zuvor gestellte Frage nach dem Zweck des Wachstums.

Wachstum ist kein Selbstzweck, bei dem Marktkräfte bestimmen, was einen Wert hat, was für den Austausch produziert wird und wer es konsumiert; vielmehr ist Wachstum ein Mittel, um Ziele zu erreichen, die einen intrinsischen Wert haben. Dazu gehören in der Regel die Betreuung von Familienmitgliedern, prosperierende Gemeinschaften, keine extremen Ungleichheiten und eine intakte Umwelt. Ein radikal anderer Ansatz erfordert die Aufgabe des marktgetriebenen Wachstumsdrangs als Hauptziel von Entwicklung. Er erkennt die Notwendigkeit des Wachstums in Schlüsselsektoren an, die für die menschliche und planetare Nachhaltigkeit grundlegend sind, bei gleichzeitigem Übergang zu einer Wirtschaft, „die auf menschliche Weiterentwicklung [„flourishing“] und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet ist und nicht auf die ständige Anhäufung von Kapital“ (Hickel 2021).

Ein solcher radikaler Ansatz erkennt auch an, dass in ärmeren Teilen der Welt weiterhin Wachstum benötigt wird. Der Übergang zu einer auf den Menschen ausgerichteten, CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft kann dabei durch die Anerkennung der ökologischen Schuld des globalen Nordens ermöglicht werden. Diese Ideen entsprechen feministischen Grundsätzen, wie sie in folgendem Zitat von UN Women schön dargelegt sind:

Die alternative Vision würde Wirtschaftswachstum nicht als Selbstzweck priorisieren. Stattdessen beginnt sie mit grundlegenden Fragen danach, wofür die Wirtschaft da ist. Wenn der Hauptzweck der Wirtschaft darin besteht, „das Gedeihen und Überleben des Lebens“ [„the flourishing and survival of life“] zu unterstützen – wie feministische Ökonom:innen

schon lange argumentieren – muss die Wirtschaftspolitik diesen Zielen entsprechen. Sie würde nachhaltige Lebensgrundlagen für alle sicherstellen und unbezahlte Sorgearbeit und die Umwelt nicht mehr als unbegrenzte Ressourcen behandeln, die kostenlos genutzt und ohne Kosten oder Konsequenzen ausgebeutet werden können. Stattdessen würde sie die Wirtschaftspolitik in den Dienst der Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und sozialen Gerechtigkeit stellen. (UN Women 2021: 11–12)

## Anmerkungen

Dieser Beitrag ist eine gekürzte deutsche Fassung des Artikels „From economic growth to a wellbeing economy: notes for a feminist foreign policy“, erschienen als AFFPC Issue Paper Series, Issue Number 11, June 2023 der Australian Feminist Foreign Policy Coalition.

## Literatur

- ADB (2007): Toward a New Asian Development Bank in a New Asia. Report of the Eminent Persons Group to the President of the Asian Development Bank. <https://www.adb.org/sites/default/files/publication/29715/new-adb-new-asia-epg-report.pdf>, 22.12.2023.
- Beneria, Lourdes (1999): The enduring debate over unpaid labour. In: *International Labour Review* 138 (3): 287–309.
- Berik, Günseli (2018): To Measure and to Narrate: Paths Toward a Sustainable Future. In: *Feminist Economics* 24(3): 136–59.
- Berik, Günseli (2020): Measuring what matters and guiding policy: An evaluation of the Genuine Progress Indicator. In: *International Labour Review* 159 (1): 71–94.
- Brooks, Jeremy (2013): Avoiding the Limits to Growth: Gross National Happiness in Bhutan as a Model for Sustainable Development. In: *Sustainability* 5(9), 3640–3664. doi:10.3390/su5093640
- Chenery, Hollis/Ahluwalia, Montek S./Bell, C. L. G./Duloy, John H./Jolly, Richard (1974): *Redistribution with Growth: Policies to improve income distribution in developing countries in the context of economic growth.* Oxford: Oxford University Press.
- Collier, Paul (1988): *Women in Development: defining the issues.* WPS 129. Population and Human Resources Department. Washington: World Bank.
- Cornia, Giovanni A./Jolly, Richard/ Stewart, Frances (Hg.) (1987): *Adjustment with a Human Face. Volume 1, Protecting the Vulnerable and Promoting Growth.* Oxford: Clarendon Press.
- Crawford, Joanne (2023): Gender and poverty as a feminist foreign policy priority: Opportunities to accelerate action. Australian Feminist Foreign Policy Coalition Issue Paper Series. no.10. February [https://iwda.org.au/assets/files/AFFPC\\_Issues\\_Paper\\_February\\_2023\\_Gender-and-Poverty-as-a-Feminist-Foreign-Policy-priority.pdf](https://iwda.org.au/assets/files/AFFPC_Issues_Paper_February_2023_Gender-and-Poverty-as-a-Feminist-Foreign-Policy-priority.pdf), 22.12.2023.
- Dollar, David/Gatti, Roberta (1999): Gender inequality, income, and growth: are good times good for women. Working Paper 20771. Washington, D.C. : World Bank. <http://documents.worldbank.org/curated/en/251801468765040122/Gender-inequality-income-and-growth-are-good-times-good-for-women>, 22.12.2023.
- Elson, Diane (1989): The impact of structural adjustment on women: concepts and issues. In: Onimode, B. (Hg.): *The IMF, the World Bank and the African Debt Vol. 2: The Social and Political Impact*, London: Zed, 55–74.
- Fukuda-Parr/Ely Yamin, Alicia/Greenstein, Joshua (2014): The Power of Numbers: A Critical Review of Millennium Development Goal Targets for Human Development and Human Rights. In: *Journal of Human Development and Capabilities* 15 (2–3): 105–117. doi: 10.1080/19452829.2013.864622
- Haddad, Lawrence/Brown, Lynn R./Richter, Andrea/Smith, Lisa (1995): The gender dimensions of economic adjustment policies: Potential interactions and evidence to date. In: *World Development* 23 (6): 881–896.
- Hickel, Jason (2021): *Less is More.* London: Random House.
- Holzmann, Robert/Jorgensen, Steen (1999): *Social Protection as Social Risk Management: Conceptual Underpinnings for the Social Protection Sector.* Strategy Paper No. 9904. Social Protection Discussion Paper Series. Washington: World Bank.

- ILO (1976): *Employment, Growth and Basic Needs: Development Strategies in Three Worlds*. [https://www.ilo.org/public/libdoc/ilo/1975/75B09\\_400.pdf](https://www.ilo.org/public/libdoc/ilo/1975/75B09_400.pdf), 22.12.2023.
- Kabeer, Naila/Natali, Luisa (2010): *Can the MDGs Provide a Pathway to Social Justice? The Challenge of Intersecting Inequalities*. Brighton: IDS/UN MDG Achievement Fund. [http://www.mdgfund.org/sites/default/files/MDGs\\_and\\_Inequalities\\_Final\\_Report.pdf](http://www.mdgfund.org/sites/default/files/MDGs_and_Inequalities_Final_Report.pdf), 22.12.2023.
- Kabeer, Naila/Natali, Luisa (2013): *Gender Equality and Economic Growth: Is There a Win-Win?*. IDS Working Papers 2013. doi: 10.1111/j.2040-0209.2013.00417.x
- Klasen, Stephan (1999): *Does Gender Inequality Reduce Growth and Development? Evidence from Cross-country Regressions*. Policy Research Report on Gender and Development working paper series; no. 7. Washington: World Bank Group.
- Kubiszewski, Ida/Costanza, Roberta/Franco, Carol/Lawn, Phillip/Talberth, John/Jackson, Tim/Aylmer, Camille (2013): *Beyond GDP: Measuring and achieving global genuine progress*. In: *Ecological Economics*. 93 (Sep.): 57–68.
- Kuznets, Simon (1934): *National Income, 1929–1932*. Senate Document No. 124, 73rd Congress, 2nd Session.
- Maddux, John L. (1981): *The Development Philosophy of Robert S. McNamara*. Washington: World Bank.
- Montgomery, Mallory (2022): *Reversing the Gender Gap in Happiness*. In: *Journal of Economic Behavior and Organization*, 96 (2022) 65–78. <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4049252>
- Moser, Caroline (1992): *Adjustment from below: low-income women, time and the triple role in Guayaquil, Ecuador*. In: Afshar, H./Dennis, C. (Hg.): *Women and adjustment policies in the Third World*, Basingstoke: Macmillan.
- Moser, Caroline (1993): *Gender Planning and Development. Theory, Practice and Training*. London and New York: Routledge.
- Palmer, Ingrid (1977): *Rural Women and the Basic-Needs Approach to Development*. In: *International Labour Review* 115(1): 97–104.
- Raworth, Kate (2017): *Die Donut-Ökonomie*. München: Hanser Verlag.
- Reid, Margaret (1934): *Economics of Household Production*. New York: John Wiley.
- Rodríguez-Labajos, Beatriz/Yáñez, Ivonne/Bond, Patrick/Grey, Lucie/Munguti, Serah/Uyi Ojo, Godwin/Overbeek, Winfridus (2019): *Not So Natural an Alliance? Degrowth and Environmental Justice Movements in the Global South*. In: *Ecological Economics* 157:175–84. DOI: 10.1016/j.ecolecon.2018.11.007
- Seers, Dudley (1969): *The Meaning of Development*. In: *International Development Review* 11, 3–4.
- Sen, Gita (2018): *The SDGs and Feminist Movement Building*, UN Women Discussion Paper No. 27. New York: UN Women.
- Singer, Hans W. (1979): *Poverty, Income Distribution and Levels of Living: Thirty Years of Changing Thought on Development Problems*. In: Hanumantha Rao, C.H./Joshi, P.C. (Hg.): *Reflections on Economic Development and Social Change: Essays in Honour of Professor V. K. R. V. Rao*, Bombay: Allied Publishers Private Ltd.
- Stewart, F. (2002): *Horizontal Inequalities: A Neglected Dimension of Development*. Working Paper 81, University of Oxford, Queen Elizabeth House. <https://assets.publishing.service.gov.uk/media/57a08c-ba40f0b652dd0014fa/wpi.pdf>, 22.12.2023.
- Stiglitz, Joseph E./Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul (2009): *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/8131721/8131772/Stiglitz-Sen-Fitoussi-Commission-report.pdf>, 22.12.2023.
- Todaro, M.P. (1977): *Economic Development in the Third World*. London and New York: Longman.
- UN Sustainable Development Solutions Network (2023): *World Happiness Report*. <https://worldhappiness.report/>, 22.12.2023.
- UN Women (2021): *Beyond COVID-19. A Feminist Plan for Sustainability and Social Justice*. New York: UN Women.
- UNDP (2022): *Human Development Report 2021–22: Uncertain Times, Unsettled Lives: Shaping our Future in a Transforming World*. New York: UNDP.
- United Nations (1953): *System of National Accounts and Supporting Tables: Report Prepared by a Group of National Income Experts Appointed by the Secretary-General*. New York: United Nations.
- United Nations (2015): *The Global Sustainable Development Report*. New York: United Nations.
- United Nations (2021): *Our Common Agenda – Report of the Secretary-General*. [https://www.un.org/en/content/common-agenda-report/assets/pdf/Common\\_Agenda\\_Report\\_English.pdf](https://www.un.org/en/content/common-agenda-report/assets/pdf/Common_Agenda_Report_English.pdf), 22.12.2023.
- Vandemoortele, Jan (2009): *The MDG Conundrum: Meeting the Targets without Missing the Point*. In: *Development Policy Review* 27(4): 355–371.
- Waring, Marilyn (1988): *If Women Counted: A New Feminist Economics*. Harper and Row.
- Waring, Marilyn (2023): *Marilyn Waring*. <https://www.marilynwarrior.com/>, 22.12.2023.

- Whitehead, Christine (1995): Emergency Social Funds. The experience of Bolivia and Peru. In: *Development in Practice* 5(1): 53–57.
- World Bank (1990): *World Development Report 1990: Poverty*. New York: Oxford University Press.
- World Bank (2013): *World Development Report 2014: Risk and Opportunity—Managing Risk for Development*. Washington, DC: World Bank.